

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement
EJPD
Frau Bundesrätin Elisabeth Baume-Schneider
3003 Bern

per Mail an:
aemterkonsultationen-uepf@isc-ejpd.admin.ch

Bern, 30. März 2023

Verordnung über die Finanzierung der Überwachung des Post- und Fernmeldeverkehrs: Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Besten Dank für die Einladung zur oben erwähnten Vernehmlassung. Der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB) nimmt dazu im Folgenden gerne Stellung.

Der SGB begrüsst die mit der Ordnungsänderung beabsichtigten Ziele, beim Dienst Überwachung Post- und Fernmeldeverkehr (Dienst ÜPF) einerseits den administrativen Aufwand zu verringern und andererseits seitens des Bundes den Kostendeckungsgrad anzuheben. Die Einführung einer pauschalen Kostenbeteiligung der Kantone ist zu befürworten, denn sie schafft auch eine sachgerechtere Verteilung der anfallenden Kosten zwischen Bund und Kantonen. Was den pauschalen Anteil der Kantone an den Gesamtkosten betrifft, sprechen wir uns jedoch für eine Erhöhung von den vorgesehenen 75 Prozent auf 90 Prozent aus. Dies deshalb, weil der Erläuternde Bericht klar aufzeigt, dass der Nutzen der Kantone beziehungsweise deren Kostenverursachung im Durchschnitt der letzten Jahre etwa 90 Prozent des gesamten Auftragsvolumens beträgt.

In diesem Sinne hoffen wir auf die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und danken Ihnen im Voraus herzlich.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND



Pierre-Yves Maillard
Präsident



Reto Wyss
Zentralsekretär